

BR/GT I/115 d/71

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 14. September 1971
BR/GT I/115/71

- Sekretariat -

UEBERMITTLUNGSVERMERK

Die Delegationen der Arbeitsgruppe I erhalten in der Anlage Vorschläge der französischen Delegation; diese Vorschläge betreffen

- zum einen verschiedene Bestimmungen des zweiten Vorentwurfs des Uebereinkommens (vgl. Anlage I) und
 - zum anderen verschiedene Bestimmungen des ersten Vorentwurfs der Ausführungsordnung (vgl. Anlage II).
-

Artikel 15

Recht auf Erlangung des europäischen Patents

(1) Das Recht auf das europäische Patent steht dem Erfinder - oder seinem Rechtsnachfolger - zu, der die Patentanmeldung zuerst beim Europäischen Patentamt eingereicht hat. Ist der Erfinder ein Arbeitnehmer und gewährt das auf das Beschäftigungsverhältnis anwendbare nationale Recht, je nach Fall entweder dem Arbeitgeber oder dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer gemeinsam das Recht auf das Patent, so steht das Recht auf das europäische Patent, je nach Fall entweder dem Arbeitgeber oder dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer gemeinsam in entsprechender Weise zu.

(2) Unverändert.

(3) Die europäische Patentanmeldung kann entweder von gemeinsamen Inhabern oder von mehreren Personen, die für einen oder für mehrere der bezeichneten Staaten ein ausschliessliches Besitzrecht haben eingereicht werden. Im zweiten Fall wird die Einheit der Anmeldung in dem Verfahren vor dem Europäischen Patentamt jedoch nicht beeinträchtigt. Die Inhaber der Besitzrechte in den verschiedenen Staaten gelten in diesem Verfahren als gemeinsame Anmelder.

Artikel 16

Patentanmeldung durch Nichtberechtigte

Bemerkung

In den beiden nachstehend vorgeschlagenen Artikeln (Artikel 16 und 16 a) werden alle Bestimmungen des Artikels 16 des zweiten Vorentwurfs des Uebereinkommens und der entsprechenden Artikel der Ausführungsordnung (Nrn. 1, 2, 3 und 4 zu Artikel 16) übernommen.

Ferner sind darin neue Bestimmungen aufgenommen worden, mit denen den Bemerkungen und Vorschlägen der Untergruppe "Ausführungsordnung" entsprochen wird.

Artikel 16

Nichtberechtigung des Anmelders oder Inhabers des Patents

vgl. Nr. 1 Abs. 1 zu
Artikel 16
und Nr. 3 Abs. 1 und 2
zu Artikel 16

(1) Wird dem Europäischen Patentamt im Verlauf des Erteilungs- oder Einspruchsverfahrens nachgewiesen, dass ein Verfahren eingeleitet ist, in dem festgestellt werden soll, dass das Recht auf das europäische Patent einer in Artikel 15 Absatz 1 des Uebereinkommens bezeichneten Person zusteht, die nicht der Anmelder oder Inhaber des europäischen Patents ist, so setzt das Europäische Patentamt das Erteilungs- oder Einspruchsverfahren aus, es sei denn, dass derjenige, der das Recht auf das europäische Patent geltend macht, der Fortsetzung dieses Verfahrens zustimmt. Diese Zustimmung ist dem Europäischen Patentamt schriftlich zu erklären; sie ist unwiderruflich. Das Verfahren kann jedoch nicht vor der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung gemäss Artikel 85 des Uebereinkommens ausgesetzt werden.

Nr. 1 Abs. 2 zu
Art. 16 (erster Satz)
Nr. 3 Abs. 3 zu
Art. 16 (erster Satz)

(2) Wird dem Europäischen Patentamt nachgewiesen, dass in dem Verfahren zur Geltendmachung des Rechts auf das europäische Patent eine rechtskräftige Entscheidung zugunsten des Anmelders

oder Inhabers des europäischen Patents ergangen ist, und dass das Verfahren gemäss Absatz 1 ausgesetzt worden ist, so teilt das Europäische Patentamt dem Betreffenden mit, dass das Verfahren nach Zustellung dieser Mitteilung mit ihm fortgesetzt wird.

Artikel 16

(3) Ist die in Absatz 2 genannte Entscheidung zugunsten der Person ergangen, die das Recht auf das europäische Patent geltend macht, bevor dieses Patent erteilt worden ist, so kann diese Person

- entweder innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Ergehen der Entscheidung eine neue Patentanmeldung für dieselbe Erfindung einreichen, sofern sie der Fortsetzung des Verfahrens gemäss Absatz 1 nicht zugestimmt hat. Die neue Patentanmeldung gilt als an dem Tag der früheren Anmeldung eingereicht und genießt gegebenenfalls deren Prioritätsrecht, soweit der Gegenstand der neuen Anmeldung nicht über das hinausgeht, was in der früheren Anmeldung beschrieben worden ist. Die frühere europäische Patentanmeldung gilt als zurückgenommen, wenn die neue Anmeldung eingereicht worden ist.

(Neu) Vgl. Bemerkung unter Nr. 1 zu Artikel 16

Vgl. Nr. 1 zu Artikel 16 (2. Satz)

Nummer 3 zu Artikel 16 (2. Satz)

Neu

- oder die europäische Patentanmeldung, auf die ihr Recht anerkannt worden ist, übernehmen. Die Zustellung der Mitteilung der genannten Entscheidung unterbricht das Verfahren sofern dieses nicht gemäss Absatz 1 unterbrochen worden ist. Das Verfahren wird erst nach Ablauf einer angemessenen Frist fortgesetzt, die nicht kürzer sein darf als drei Monate.

(4) Ist die in Absatz 2 genannte Entscheidung zugunsten desjenigen ergangen, der das Recht auf das europäische Patent im Einspruchsverfahren geltend macht, so wird dieses Verfahren mit dem neuen Inhaber nach Ablauf der in Absatz 3, zweiter Gedankenstrich vorgesehenen Frist fortgesetzt. Der Betreffende kann jedoch sofern er der Fortsetzung des Verfahrens nach Absatz 1 nicht zugestimmt hat, beantragen, dass die etwaigen Stellungnahmen des früheren Inhabers zu den späteren Einsprüchen oder Verfahren als nicht eingegangen gelten. In einem solchen Fall wird das Verfahren nach der ersten Zustellung der Mitteilungen über die Prüfung der Einsprüche fortgesetzt.

Nr. 1 Abs. 3 und
Nr. 3 Abs. 4 zu
Artikel 16

(5) Die am Tag der Aussetzung für den Anmeld-
oder Inhaber des europäischen Patents laufenden
Fristen werden durch die Aussetzung des Verfahrens
gehemmt. Wird das Verfahren fortgesetzt, so begin-
net der noch nicht verstrichene Teil der Frist an dem
Tag zu laufen, an dem die Mitteilung nach Absatz
zugestellt wird.

Nr. 1 Abs. 4 und
Nr. 3 Abs. 4 zu
Artikel 16

(6) Ein Hinweis auf die Aussetzung und die
Fortsetzung des Erteilungsverfahrens wird in das
europäische Patentregister eingetragen und im Euro-
päischen Patentblatt bekanntgemacht.

Artikel 16 a

Beschränkung der Zurücknahme und des Verzichts

zu Art. 16
Nr. 2 und Nr. 4

Vom Tag des Eingangs der Mitteilung beim Europäischen Patentamt, dass ein in Artikel 16 Absatz 1 genanntes Verfahren zur Geltendmachung des Rechts auf das europäische Patent eingeleitet ist, bis zum Ablauf der in Artikel 16 Absätze 2 und 3 genannten Frist kann in keinem Vertragsstaat die europäische Patentanmeldung zurückgenommen und auf das europäische Patent verzichtet werden, es sei denn, dass derjenige, der das genannte Verfahren eingeleitet hat, zustimmt. Wird der Nachweis, dass dieses Verfahren eingeleitet ist, nach Ablauf eines Monats nach Eingang der Mitteilung nicht erbracht, so ist der Anmelder bzw. der Patentinhaber bis zum Tag der Vorlage dieses Nachweises wieder berechtigt, seine Anmeldung zurückzunehmen bzw. auf sein Patent zu verzichten.

Artikel 19

Rechte aus der europäischen Patentanmeldung nach Veröffentlichung

(1) unverändert

(2) Jeder Vertragsstaat kann mit Wirkung für sein Hoheitsgebiet vorsehen, dass die europäische Patentanmeldung keinen Schutz gemäss Artikel 18 gewährt. Der Schutz, der mit der Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldung verbunden ist, darf jedoch keinesfalls geringer sein als der Schutz, der sich aufgrund der Rechtsvorschriften des betreffenden Staats aus der obligatorischen Veröffentlichung der nationalen Patentanmeldungen ergibt; der Schutz muss auf jeden Fall mit dem Recht verbunden sein, dass der Anmelder von demjenigen, der den Gegenstand der Anmeldung in diesem Vertragsstaat unter Voraussetzungen benutzt hat, die nach dem nationalen Recht im Falle der Verletzung eines nationalen Patents sein Verschulden begründen würden, eine nach den Umständen angemessene Entschädigung verlangen kann.

Artikel 22

Einheit der europäischen Patentanmeldung
im Verfahren vor dem Europäischen Patent-
amt

Die europäische Patentanmeldung kann für einen oder mehrere der benannten Staaten übertragen werden oder Gegenstand von Rechten sein. Artikel 15 Absatz 3 Sätze 2 und 3 ist entsprechend anzuwenden.

Artikel 22a

Anwendbares Recht

Soweit in diesem Uebereinkommen oder in einem besonderen Uebereinkommen nach Artikel 8 nichts anderes bestimmt ist, unterliegen die Uebertragung der europäischen Patentanmeldung und alle Rechtsgeschäfte, welche das Eigentum oder die Nutzung der damit verbundenen Rechte betreffen, in jedem benannten Vertragsstaat und mit Wirkung für diesen Staat dem Recht, das in diesem Vertragsstaat für nationale Patentanmeldungen gilt.

Artikel 23

Uebertragung der europäischen Patentanmeldung

(1) (2) (3) unverändert

(4) Der Rechtsübergang wird dem Europäischen Patentamt gegenüber erst nach Erhalt der in Absatz 2 genannten Unterlagen und nur in dem Umfang wirksam, in dem er sich aus diesen Unterlagen ergibt. Dritten gegenüber ist er im selben Umfang erst wirksam, wenn ein Hinweis darauf in das europäische Patentregister eingetragen ist.

Artikel 28. a bis

Eintragung der Zurücknahme der Patentanmeldung in das
europäische Patentregister

Der Anmelder eines Patents kann vorbehaltlich der Bestimmung
des Artikels 59 die Anmeldung vor der Patenterteilung durch einen
schriftlichen Antrag an das Europäische Patentamt, der von Amts-
wegen in das europäische Patentregister eingetragen wird, zurück-
nehmen. Sind dingliche Rechte, Pfandrechte oder Lizenzen in das
europäische Patentregister eingetragen worden, so ist die Zurück-
nahmeerklärung nur zulässig, wenn ihr eine schriftliche Zustimmung
der Inhaber dieser Rechte beigelegt ist.

Artikel 40

Haftung

(1) Die vertragliche Haftung des Europäischen Patentamts bestimmt sich nach dem Recht, das auf den betreffenden Vertrag anzuwenden ist, sofern sich das Patentamt nicht auf seine Befreiung von der Gerichtsbarkeit beruft.

(2) Im Bereich der ausservertraglichen Haftung ersetzt das Europäische Patentamt, sofern es sich nicht auf die Befreiung von der Gerichtsbarkeit oder von der Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen beruft, den durch seine Bediensteten in Ausübung ihrer Amtstätigkeit verursachten Schaden nach dem nationalen Recht, das am Schadensort gilt, oder wenn der Geschädigte einwilligt, nach dem Recht des Staats, in dem das Europäische Patentamt seinen Sitz hat oder in dem die in Artikel 33 Absatz 2 vorgesehenen Dienststellen ihren Sitz haben, sofern die Bediensteten, die den Schaden verursacht haben, einer dieser Dienststellen angehören.

(3) unverändert

(4) Für die Regelung der Streitigkeiten nach den Absätzen 1 und 2 sind folgende Gerichte zuständig:

- bei Streitigkeiten nach Absatz 1 die Gerichte des Staats, in dem das Europäische Patentamt seinen Sitz hat, sofern in dem von den Parteien geschlossenen Vertrag kein anderes Gericht bestimmt worden ist;

- bei Streitigkeiten nach Absatz 2 nach Wahl des Klägers entweder das zuständige Gericht des Staats, auf dessen Hoheitsgebiet der Schadensfall eingetreten ist, oder das zuständige Gericht am Sitz des Europäischen Patentamts oder der Dienststellen des Europäischen Patentamts.

Artikel 55 a

Einspruchsabteilungen

(1) unverändert

(2) Eine Einspruchsabteilung setzt sich aus drei technisch vorgebildeten Prüfern zusammen, von denen einer den Vorsitz wahrnimmt. Diese technisch vorgebildeten Prüfer dürfen nicht zuvor in dem Verfahren zur Erteilung des Patents mitgewirkt haben, gegen das sich der Einspruch richtet. Die Einspruchsabteilung kann jedoch - als Berater - einen technisch vorgebildeten Prüfer hinzuziehen, der in dem Verfahren zur Erteilung des betreffenden Patents mitgewirkt haben darf. Mit der Bearbeitung des Einspruchs vor Erlass der Endentscheidung kann die Einspruchsabteilung eines ihrer Mitglieder oder den von ihr hinzugezogenen Prüfer beauftragen. Die mündliche Verhandlung den Ausschlag.

Artikel 135 ist entsprechend anzuwenden.

Artikel 56

Beschwerdekammern

(1) (2) unverändert

(3) (neu) Den Vorsitz der Beschwerdekammern führt eines ihrer rechtskundigen Mitglieder.

Artikel 57

Grosse Beschwerdekammer

(1) a) unverändert

b) vom Präsidenten des Europäischen Patentamts nach Massgabe des Artikels 116 dieses Uebereinkommens vorgelegt werden.

(2) Die Grosse Beschwerdekammer setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen:

- fünf rechtskundigen Mitgliedern, von denen eines den Vorsitz übernimmt;
- zwei technisch vorgebildeten Mitgliedern.

Artikel 116

Entscheidung oder Stellungnahme der Grossen-
Beschwerdekammer in bestimmten Rechtsfragen

Streichung des Falls, der in Absatz 1 Buchstabe b erster Gedanken-
strich (in eckigen Klammern) genannt ist.

Artikel 135

Ausschliessung und Ablehnung; Verhinderung

(1) Die Mitglieder der Beschwerdekammern und der Grossen Beschwerdekammer dürfen nicht an der Erledigung einer Sache mitwirken, an der sie selbst beteiligt sind oder an der sie zuvor in irgendeiner Eigenschaft mitgewirkt haben. In diesen Fällen können sie jedoch gehört werden, wenn die Beschwerdekammern oder die Grosse Beschwerdekammer es für zweckmässig halten.

(2) (3) unverändert

(4) Die Beschwerdekammern und die Grosse Beschwerdekammer entscheiden in den Fällen der Absätze 2 und 3 ohne die Mitwirkung des betroffenen Mitglieds, jedoch nach dessen Anhörung, wenn sie diese für zweckmässig halten.

(5) (neu) Bei Verhinderung oder Ablehnung eines oder mehrerer Mitglieder einer Beschwerdekammer erstattet deren Vorsitzender dem für die Organe des Europäischen Patentamts zuständigen Vizopräsidenten des Patentamts Bericht; diesem obliegt es dann,

- entweder die betreffende Kammer zwecks Entscheidung über die Sache durch eines oder mehrere Mitglieder der anderen Kammern zu ergänzen,

- oder nach Beendigung der Anhängigkeit der Sache vor der betreffenden Kammer über die Zuweisung dieser Sache an eine andere Beschwerdekammer befinden zu lassen.

(6) (neu) Sind eines oder mehrere Mitglieder der Grossen Beschwerdekammer abgelehnt worden oder verhindert, so werden sie

- durch die Vorsitzenden der Beschwerdekammern in der Rangfolge des Dienstalters in ihrer Eigenschaft als Beschwerdekammervorsitzende ersetzt, wenn eines oder mehrere rechtskundige Mitglieder zu ersetzen sind;

- durch die in dem betreffenden Fall sachkundigsten technisch vorgebildeten Personen ersetzt, die von dem für die Organe des Europäischen Patentamts zuständigen Vizepräsidenten des Patentamts bestimmt werden, wenn eines oder mehrere technisch vorgebildete Mitglieder zu ersetzen sind.

Hat die Ablehnung oder Verhinderung eine gerade Zahl der Mitglieder der Grossen Beschwerdekammer zur Folge, so gibt bei Entscheidungen die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Artikel 136

Beweisaufnahme

(1) Eine Prüfungsabteilung, eine Einspruchsabteilung oder eine Beschwerdekammer kann von Amts wegen oder auf Antrag einer der Beteiligten eine Beweisaufnahme verfügen, bei der sich die Betreffenden eines der folgenden Beweismittel bedienen können:

... (Rest unverändert)

(2) unverändert

(3) unverändert

(4) Beteiligte, Zeugen und Sachverständige können auf Ersuchen des Europäischen Patentamts um Rechtshilfe und gemäss Artikel 63 durch die Gerichte ihres Wohnsitzes oder Sitzes vernommen werden, vor allem wenn die Anreise aufgrund der Entfernung zum Sitz des Europäischen Patentamts zu schwierig oder zu kostspielig ist oder wenn sie berechtigte Entschuldigungsgründe dafür vorbringen, dass sie nicht vor dem betreffenden Organ des Europäischen Patentamts erscheinen können. Zeugen und Sachverständige können auf Ersuchen des Europäischen Patentamts um Rechtshilfe durch die genannten Gerichte beeidigt werden, wenn dies von den Organen des Europäischen Patentamts beantragt wird.

(5) Wird einem Beteiligten eine Entscheidung eines Organs des Europäischen Patentamts zugestellt, in der sein persönliches Erscheinen oder das Beibringen von Auskünften oder Urkunden oder die Einnahme des Augenscheins an den in der genannten Entscheidung bestimmten Orten angeordnet wird, und weigert sich dieser Beteiligte zu erscheinen oder erscheint er, weigert sich aber, vor dem Organ des Europäischen Patentamts oder vor dem nationalen Gericht, das ihn im Rahmen eines Rechtshilfeersuchens vernehmen soll, zu antworten, oder weigert er sich, die verlangten Auskünfte oder Urkunden beizubringen oder die Einnahme des Augenscheins zuzulassen, so kann das betreffende Organ des Europäischen Patentamts aus diesen Weigerungen alle Rechtsfolgen ziehen und sie bei der Beurteilung der Ansprüche desjenigen, der sie geltend macht, als ein Beweismittel ansehen.

(6) Weigert sich der Zeuge, der ordnungsgemäss vor das Europäische Patentamt geladen worden ist, zu erscheinen, ohne eine übermässige Entfernung als Rechtfertigung oder einen berechtigten Entschuldigungsgrund vorbringen zu können, so kann das Europäische Patentamt im Wege eines Rechtshilfeersuchens dessen Vernehmung durch die Gerichte an dessen Wohnsitz oder Sitz beantragen.

Dieser Zeuge hat keinen Entschädigungsanspruch und trägt die anlässlich seiner Vernehmung vorauslagten Kosten selbst.

Artikel 152 dieses Uebereinkommens ist auf die Entscheidung des Europäischen Patentamts über die Festsetzung dieser Kosten entsprechend anzuwenden.

(7) Der ordnungsgemäss geladene Zeuge, der weder vor dem betreffenden Organ des Europäischen Patentamts noch vor dem nationalen Gericht erscheint, das mit seiner Vernehmung im Rahmen eines Rechtshilfeersuchens beauftragt ist, oder der zwar erscheint, aber ohne berechtigten Grund die Aussage oder die Eidesleistung verweigert, hat alle Kosten zu tragen, die er aufgrund der Vernehmung verauslagt hat; hierdurch werden die sich aus seinem Nichterscheinen oder aus seiner Verweigerung der Aussage oder Eidesleistung ergebenden Sanktionen, die das genannte nationale Gericht ihm gegenüber aussprechen kann, und der Schadenersatz, den der Geschädigte von ihm vor dem genannten nationalen Gericht verlangen kann, nicht berührt.

Dieser Zeuge hat keinen Entschädigungsanspruch; Artikel 152 dieses Übereinkommens ist auf die Entscheidung des Europäischen Patentamts, über die Festsetzung der von ihm zu tragenden Kosten entsprechend anzuwenden.

(8) Jeder Vertragsstaat behandelt eine vor dem Europäischen Patentamt begangene Eidesverletzung eines Zeugen oder Sachverständigen wie eine vor seinen eigenen in Zivilsachen zuständigen Gerichten begangene Straftat. Auf Anzeige des Präsidenten des Europäischen Patentamts wird der Täter vor den zuständigen nationalen Gerichten verfolgt.

Artikel 143

Aufgebot.

(1) Ist der Anmelder verstorben und können seine Erben nicht ermittelt werden, so richtet das Europäische Patentamt nach Ablauf einer Frist von sechs Monaten, vom Todestag an gerechnet, durch Aufgebot öffentlich die Aufforderung an die Erben, innerhalb einer angemessenen Frist ihr Erbrecht an der europäischen Patentanmeldung geltend zu machen.

(2) unverändert

Artikel 145

Heranziehung allgemeiner Verfahrensgrundsätze

- Artikel ist zu streichen -

Artikel 151

Kosten im Einspruchsverfahren

(1) Im Einspruchsverfahren trägt jeder Beteiligte die ihm erwachsenen Kosten selbst, soweit die Einspruchsabteilung oder die Beschwerdekammer nicht eine andere Entscheidung trifft, mit der sie, soweit dies der Billigkeit entspricht, eine andere Verteilung der Kosten, die durch eine mündliche Verhandlung oder eine Beweisaufnahme verursacht worden sind, vorschreibt.

- (2))
(unverändert
(3) (

Artikel 152

Vollstreckung von Kosten

(1) Die Entscheidungen des Europäischen Patentamts über die Festsetzung der Kosten des Verfahrens sind vollstreckbare Titel; dies gilt nicht gegenüber Staaten.

(2) Die Entscheidungen nach Absatz 1 werden zusammen mit einem Antrag /des Europäischen Patentamts oder/ des Betreffenden der nationalen Behörde zugeleitet, die von dem Vertragsstaat bestimmt wird, in dessen Hoheitsgebiet die Vollstreckung stattfinden soll. Die Vollstreckungsklausel wird nach einer Prüfung erteilt, die sich lediglich darauf erstrecken darf, ob der Titel echt ist und ob er dem von der Vollstreckung Betroffenen rechtzeitig zugestellt worden ist bzw. ob Massnahmen zum gleichen Zweck getroffen worden sind.

(3) Sind diese Formvorschriften erfüllt, so erfolgt die Zwangsvollstreckung nach den Vorschriften des Zivilprozessrechts des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie stattfindet.

(4) Jede Anfechtung der Vollstreckung der Entscheidungen des Europäischen Patentamts nach Absatz 1 muss vor dem zuständigen Gericht am Wohnsitz oder Sitz des von der Zwangsvollstreckung Betroffenen erfolgen. Dieses Gericht unterrichtet das Europäische Patentamt.

Artikel 153

Berufsmässiger Vertreter

(1) +

(2) +

(3) +

(4) +

(5) Die Vertretung vor dem Europäischen Patentamt kann auch von jedem Rechtsanwalt (+), der in einem der Vertragsstaaten zugelassen ist und seinen Geschäftssitz in diesem Staat hat, in dem Umfang wahrgenommen werden, in dem er in diesem Staat die Vertretung auf dem Gebiet des Patentrechts ausüben kann.

(+) Anmerkung: Im französischen Text wurden die Worte "ou avoué" eingefügt.

Ausführungsordnung

Zu Artikel 16

Nummer 1
Nummer 2
Nummer 3
Nummer 4

- gestrichen (Die Nummern sind inhaltlich in der von der französischen Delegation vorgeschlagenen geänderten Fassung des Artikels 16 des Uebereinkommens enthalten.)

Ausführungsordnung

Zu Artikel 53

Nummer 2

Geschäftsverteilung auf die Beschwerdekammern

(1) Vor Beginn eines jeden Geschäftsjahrs werden die Geschäfte auf die Beschwerdekammern verteilt und die Mitglieder der einzelnen Beschwerdekammern bestimmt. Jedes Mitglied einer Beschwerdekammer kann so zum Mitglied mehrerer Beschwerdekammern bestimmt werden. Falls erforderlich, können diese Anordnungen im Laufe des Geschäftsjahrs geändert werden. Ferner kann in Ausnahmefällen jedes Mitglied einer Beschwerdekammer jederzeit dazu bestimmt werden, eine der genannten Kammern zwecks Erledigung einer Sache zu ergänzen.

(2) unverändert

(3) Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen mehreren Beschwerdekammern über ihre Zuständigkeit entscheidet das Präsidium; begibt sich eine dieser Kammern wegen Ablehnung oder Verhinderung einiger ihrer Mitglieder einer Sache, so befindet das Präsidium gemäss Artikel 135 über die Zuweisung der betreffenden Sache an eine andere Beschwerdekammer.

Ausführungsordnung

Zu Artikel 62

Nummer 1

Verkehr des Europäischen Patentamts mit Behörden der Vertragsstaaten

Bei Mitteilungen, die unmittelbar. Das Europäische Patentamt und die Gerichte (+) sowie die übrigen Behörden der Vertragsstaaten können verkehren..

(+) Anmerkung: Im französischen Text wurde das Wort "tribunaux" durch "juridictions" ersetzt.

Ausführungsordnung

Zu Artikel 62

Nummer 2

Akteneinsicht durch Gerichte (+) und Staatsanwaltschaften der Vertragsstaaten

(1) Die Gerichte (+) und Staatsanwaltschaften der Vertragsstaaten nicht erhoben.

(2) Das Europäische Patentamt weist die Gerichte (+) und Staatsanwaltschaften der Vertragsstaaten (restlicher Text unverändert)

(+) Anmerkung: Im französischen Text wurde das Wort "tribunaux" durch "juridictions" ersetzt.

Ausführungsordnung

Zu Artikel 62

Nummer 3

Kosten im Verkehr zwischen dem Europäischen Patentamt und den
Behörden der Vertragsstaaten

Der Text ist wie folgt zu ergänzen:

Die Kosten, die durch Mitteilungen nach Artikel 62 des Uebereinkommens entstehen, sind grundsätzlich von der Behörde zu tragen, die die Mitteilung gemacht hat. Erfolgen diese Mitteilungen auf Antrag einer interessierten Person oder einer Person, die an einem Verfahren beteiligt ist, das vor dem Europäischen Patentamt oder vor den Gerichten oder Behörden der Vertragsstaaten anhängig ist, so können je nach Lage des Falles entweder das Europäische Patentamt oder die Gerichte oder die betreffenden Behörden der Vertragsstaaten beschliessen, dass die Kosten von diesen Antragstellern zu tragen sind.

Ausführungsordnung

Zu Artikel 63

Nummer 1

Verfahren bei Rechtshilfeersuchen

(1) Jeder Vertragsstaat bestimmt die nationale Behörde oder die nationalen Behörden, denen das Europäische Patentamt das Ersuchen um Rechtshilfe unmittelbar übermittelt; das Rechtshilfeersuchen ist ein vollstreckbarer Titel und wird nach dem nationalen Recht oder auf Antrag des Europäischen Patentamts nach einer besonderen Form durchgeführt, sofern diese Form den Rechtsvorschriften des ersuchten Staats nicht zuwiderläuft (Artikel 9 und 14 des Haager Übereinkommens).

(2) Das Rechtshilfeersuchen muss in der Sprache des ersuchten Gerichts abgefasst oder von einer Übersetzung in die Sprache dieses Gerichts begleitet sein (Artikel 10 des Haager Übereinkommens).

(3) Das ersuchte Gericht, das lediglich die Echtheit des Titels zu prüfen hat, muss dem Rechtshilfeersuchen entsprechen und dabei dieselben Zwangsmittel wie bei der Erledigung eines Ersuchens der Behörden des ersuchten Staats anwenden. Diese Zwangsmittel brauchen angewendet zu werden, wenn es sich um das Erscheinen der Parteien im Rechtsstreit handelt.

(4) Die Erledigung des Rechtshilfeersuchens kann nur abgelehnt werden:

- a) wenn die Echtheit der Dokumente nicht feststeht;
- b) wenn die Erledigung des Ersuchens in dem ersuchten Staat nicht im Bereich der Gerichtsgewalt fällt;

c) wenn der ersuchte Staat die Erledigung für geeignet hält, seine Hoheitsrechte oder seine Sicherheit zu gefährden (Artikel 11 des Haager Uebereinkommens).

(5) Ist die ersuchte nationale Behörde nicht zuständig, so ist das Ersuchen von Amts wegen an das zuständige Gericht desselben Staats nach dessen Rechtsvorschriften abzugeben (Artikel 12 des Haager Uebereinkommens).

(6) In allen Fällen, in denen das Ersuchen von der ersuchten Behörde nicht erledigt wird, hat diese die ersuchende Behörde hiervon unverzüglich zu benachrichtigen, und zwar im Falle des Absatzes 4 unter Angabe der Gründe, aus denen die Erledigung des Ersuchens abgelehnt worden ist, und im Falle des Absatzes 5 unter Bezeichnung der Behörde, an die das Ersuchen abgegeben wird (Artikel 13 des Haager Uebereinkommens).

(7) Für die Erledigung von Ersuchen dürfen Gebühren oder Auslagen irgendwelcher Art nicht erhoben werden. Der ersuchte Staat ist jedoch berechtigt, vom Europäischen Patentamt die Erstattung der an Zeugen oder Sachverständige gezahlten Entschädigungen sowie der Auslagen zu verlangen, die dadurch entstanden sind, dass wegen Nichterscheinsens von Zeugen die Mitwirkung eines Gerichtsbeamten erforderlich war oder dass auf Antrag des Europäischen Patentamts gemäss Absatz 1 für die Erledigung des Ersuchens gegebenenfalls eine besondere Form angewandt worden ist.

Ausführungsordnung

Zu Artikel 88

Nummer 3

Fortsetzung des Erteilungsverfahrens im Falle des
unwirksamen Prüfungsantrags eines Dritten

Bemerkung:

Die Bestimmung sollte in ihrer derzeitigen Fassung für den
Fall aufrechterhalten werden, dass ein Prüfungsantrag von einem
Dritten gestellt werden kann.

Ausführungsordnung

Zu Artikel 115

Nummer 1

Form der Entscheidung der Beschwerdekammer

(1) Die Entscheidung ist vom Vorsitzenden der Beschwerdekammer und von dem Beamten des Europäischen Patentamts, der die Sekretariatsgeschäfte der betreffenden Beschwerdekammer wahrnimmt, zu unterschreiben.

(2) unverändert

Ausführungsordnung

Zu Artikel 136

Nummer 1

Beweisaufnahme durch das Europäische Patentamt

(1) Soll durch das Europäische Patentamt eine Beweisaufnahme durchgeführt werden, die das persönliche Erscheinen der Beteiligten, die Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen oder die Einnahme des Augenscheins erforderlich macht, so erlässt es zu diesem Zweck eine Entscheidung, in der das angeordnete Beweismittel, die zu beweisenden rechtserheblichen, zulässigen Tatsachen sowie Tag, Uhrzeit und Ort der betreffenden Beweisaufnahme angegeben werden. Hat ein Beteiligter die Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen beantragt, so wird in der Entscheidung des Europäischen Patentamts die Frist festgesetzt, in der der antragstellende Beteiligte dem Patentamt Name und Anschrift der Zeugen und Sachverständigen mitteilen muss, die er zu vernehmen lassen wünscht.

(2) Den Beteiligten werden Tag, Uhrzeit und Ort der Vernehmung der Zeugen und Sachverständigen und der Einnahme des Augenscheins sowie die zu beweisenden Tatsachen mitgeteilt. Die Beteiligten können an der Beweisaufnahme teilnehmen und sachdienliche Fragen an die Zeugen und Sachverständigen richten.

Ausführungsordnung

Zu Artikel 136

Nummer 3

Ladung zur Beweisaufnahme

(1) Zeugen und Sachverständige werden zur Beweisaufnahme geladen. Die Ladung muss einen Auszug aus der Entscheidung nach Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 136) Absatz 1 enthalten, aus dem insbesondere Tag, Uhrzeit und Ort der angeordneten Beweisaufnahme sowie die Tatsachen hervorgehen, über die die Zeugen und Sachverständigen vernommen werden sollen.

(2) Ausser den Einzelheiten nach Absatz 1 und nach Artikel ... (restlicher Text unverändert).

Ausführungsordnung

Zu Artikel 136

Nummer 4

Beauftragung von Sachverständigen

(1) Die Begutachtung durch Sachverständige kann schriftlich oder mündlich erfolgen. Es wird nur ein einziger Sachverständiger beauftragt, es sei denn, dass das Europäische Patentamt die Bestellung von drei Sachverständigen für erforderlich hält.

Sind mehrere Sachverständige bestellt worden und ist die Begutachtung schriftlich erfolgt, so wird mit Mehrheit der Stimmen ein einziges Gutachten erstellt und eine einzige Stellungnahme abgegeben. Die Sachverständigen nennen jedoch in Falle unterschiedlicher Stellungnahmen die Gründe hierfür, geben dabei jedoch nicht die persönliche Stellungnahme eines jeden von ihnen an.

(2) Der Beteiligte, der Gründe zur Ablehnung des oder der Sachverständigen vorzubringen hat, muss dies persönlich oder über einen besonderen Beauftragten innerhalb fünfzehn Tagen nach Erlass der Entscheidung des Europäischen Patentamts gemäss Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 136) Absatz 1 durch einfache Mitteilung an das Europäische Patentamt tun, in der die Ablehnungsgründe und die Beweise aufgeführt sind, über die er verfügt oder deren Prüfung durch Zeugen er anbietet; nach Ablauf dieser Frist ist die Ablehnung nicht mehr möglich.

Das Europäische Patentamt entscheidet über die Ablehnung; diese Entscheidung ist ungeachtet einer Beschwerde wirksam. Ist die Ablehnung zulässig, so wird ein neuer Sachverständiger oder werden mehrere neue Sachverständige von Amts wegen mit derselben Entscheidung anstelle des oder der abgelehnten Sachverständigen ernannt.

Wird die Ablehnung verworfen, so trägt der Beteiligte, der einen oder mehrere Sachverständige abgelehnt hat, die durch das Verfahren über die Ablehnung verursachten Kosten.

(3) Der Auftrag an einen Sachverständigen muss enthalten:

- a) den Hinweis auf die Entscheidung des Europäischen Patentamts gemäss Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 136) Absatz 1; ...
(restlicher Text des Artikels unverändert).

Ausführungsordnung

Zu Artikel 136

Nummer 5

Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen

Bemerkung:

- Die Bestimmung ist aufrechtzuerhalten.
- Die eckigen Klammern sind zu streichen.

Ausführungsordnung

Zu Artikel 136

Nummer 6

Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen

(1) Zeugen und Sachverständige, die vor dem Europäischen Patentamt oder den nationalen Behörden, die vom Europäischen Patentamt im Rahmen eines Rechtshilfeersuchens um deren Vernehmung ersucht worden sind, erscheinen und gegebenenfalls unter Eid aussagen, haben vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 136 Absatz 7 Anspruch ... (Rest des Absatzes unverändert).

(2) Diese Zeugen und Sachverständigen haben ausserdem Anspruch auf eine angemessene Entschädigung für Verdienstausschlag bzw. auf Vergütung ihrer Tätigkeit. (Rest des Absatzes unverändert)

(3) unverändert

Ausführungsordnung

Zu Artikel 143

Nummer 1

Aufgebot

(1) Der Präsident des Europäischen Patentamts bestimmt, in welcher Weise das Aufgebot veröffentlicht wird; den zuständigen Gerichten oder Behörden des Staats, in dem sich der dem Europäischen Patentamt bekannte letzte Wohnsitz oder Sitz des verstorbenen Anmelders oder seines Beauftragten befand, wird eine Kopie des Aufgebots übermittelt, um innerhalb der im Aufgebot vorgesehenen angemessenen Frist etwaige Erben ermitteln zu lassen.

Ausführungsordnung

Zu Artikel 145

Nummer 1

Ladung

(1) Zur mündlichen Verhandlung oder Beweisaufnahme werden die Beteiligten sowie die Zeugen und Sachverständigen geladen; die Ladungsfrist beträgt dabei mindestens einen Monat, sofern die genannten Personen nicht im gegenseitigen Einvernehmen eine kürzere Frist vereinbaren.

(2) unverändert

Ausführungsordnung

Zu Artikel 145

Nummer 5

Rechtsmittelbelehrung

- (1) } zu streichen
(2) }

BR/GT I/115 d/71 (Anlage II) zat/bm

Ausführungsordnung

Zu Artikel 145

Nummer 7

Unterbrechung des Verfahrens

(1)

b) im Fall der Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des Anmelders oder Patentinhabers oder im Fall der Eröffnung eines anderen Verfahrens, das der gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger aus seinem Vermögen dient.

(2))
(3)) unverändert

Anmerkung: Anstatt "gerichtliches Verfahren" heisst es jetzt nur noch "Verfahren".

Ausführungsordnung

Zu Artikel 145

Nummer 10

Verjährung

- unverändert
 - Die Bemerkung zu diesem Artikel ist zu streichen.
-